

Drucksache:  
**0099/2021/IV**

Datum:  
31.03.2021

Federführung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Folgen der Corona-Pandemie im Bereich des Amtes für  
Chancengleichheit  
- Trägerperspektive**

## Informationsvorlage

**Beschlusslauf**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 19. April 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	13.04.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt die Informationen der Verwaltung zu den Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich des Amtes für Chancengleichheit aus Trägerperspektive zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• keine	
<b>Einnahmen:</b>	
• keine	
<b>Finanzierung:</b>	
<b>Folgekosten:</b>	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Die Vorlage beantwortet die Frage der Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit nach der Trägerperspektive bei den sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie.

## digitale Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 13.04.2021

Ergebnis der öffentlichen digitalen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 13.04.2021

### 4 Folgen der Corona-Pandemie im Bereich des Amtes für Chancengleichheit - Trägerperspektive Informationsvorlage 0099/2021/IV

Bürgermeisterin Jansen eröffnet den Tagesordnungspunkt. Es liegt ein Sachantrag von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor (Anlage 06 zur Drucksache 0099/2021/IV). Frau Bürgermeisterin Jansen bittet um Rückmeldung, ob der Sachantrag eingebracht wird, nachdem der gleichlautende Sachantrag bei Tagesordnungspunkt 3 öffentlich (Drucksache 0030/2021/IV) bereits abgelehnt wurde.

Stadtrat Cofie-Nunoo bittet um Abstimmung über den Sachantrag in gleichlautender geänderter Version wie bei Tagesordnungspunkt 3 öffentlich und stellt den wie folgt **geänderten Sachantrag (Änderungen fett)**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Berücksichtigung des „Kurzbericht zu ersten sozialen und kulturellen Auswirkungen des ‚Ersten Shutdowns‘ (März-Mai 2020)“ sowie der Trägerperspektive (0030/2021/IV), Handlungsempfehlungen für Maßnahmen zur Reduzierung von sozialen Folgen der Corona-Pandemie zu entwickeln.

Wir bitten außerdem um einen regelmäßigen Kurzbericht **in Form einer Informationsvorlage** zu neuen Erkenntnissen im Bereich der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie zu Beginn jedes Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit, mindestens für den Zeitraum des Lockdowns.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 06:06:02 Stimmen**

In der nachfolgenden Aussprache über den vorliegenden Bericht der Verwaltung fragt Stadträtin Illgner, ob es bereits Anträge der Träger für Maßnahmen im Bereich Gewaltprävention gebe. Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dr. Löffler erklärt, Anträge lägen bisher nicht vor.

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt die Informationen der Verwaltung zu den Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich des Amtes für Chancengleichheit aus Trägerperspektive zur Kenntnis.*

**gezeichnet**  
Stefanie Jansen  
Bürgermeisterin

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Begründung:**

Auf Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Verwaltung im letzten Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit am 10.11.2020 die Vorlage „Corona-Pandemie - Kurzbericht zu ersten sozialen und kulturellen Auswirkungen des „Ersten Shutdowns“ (März-Mai 2020)“ eingebracht. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, dass die Mitglieder des Ausschusses sich eine ausführliche Darstellung der Trägerperspektive wünschen, weshalb das Amt für Chancengleichheit seine Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen (KP) gebeten hat, ihre Erfahrungen in der Zeit seit März 2020 zu schildern. Die in den Anlagen beigefügten Stellungnahmen von 23 der 25 angefragten Träger zeichnen ein klares Bild ihrer Sicht der Situation. Folgende Aussagen lassen sich zusammenfassen:

### **Gesamtbetrachtung:**

Insgesamt lässt sich feststellen, dass insbesondere die Beratungsangebote gut und schnell auf digitale Angebote umgestellt werden konnten. Einige KP berichten von zunächst verunsicherten Klientinnen und Klienten. Das digitale Beratungsangebot wurde aber nach kurzer Zeit umso stärker genutzt. Alle KP waren mit neuen oder verstärkten Problemlagen ihrer Klientinnen und Klienten konfrontiert. Teilweise sind die Beratungsanfragen deutlich gestiegen, so dass die betroffenen Träger ihre Beratungszeiten deutlich ausgeweitet haben.

Einige Klientinnen und Klienten konnten und können ohne persönlichen Kontakt nicht mehr erreicht werden. Anderen dagegen erleichtern es digitale Angebote, Beratung in Anspruch zu nehmen oder Kontakt zu halten. Manche KP sehen digitale Angebote auch in Zukunft als guten Weg, um verstärkten Beratungsanfragen gerecht werden zu können oder bestimmte Gruppen zu erreichen.

Auch Angebote wie Workshops oder bereits geplante Veranstaltungen wurden mit hoher Flexibilität und unter großer Kraftanstrengung auf digitale Formate umgestellt. Workshops an Schulen zur Berufsorientierung oder Gewaltprävention waren allerdings kaum möglich, ebenso wie regelmäßige Angebote von Gruppentreffen. Einige geplante Veranstaltungen mussten ganz abgesagt werden.

Die KP haben all diese Umstellungen sehr zügig und zum Teil unter sehr hohem personellen und finanziellen Aufwand durchgeführt. KP, die sowohl präventiv als auch beratend tätig sind, konnten und können höheren Beratungsaufwand zum Teil durch weggefallene Workshops oder Veranstaltungen ausgleichen.

### **Spezifische Herausforderungen:**

Angebote, in die **Ehrenamtliche** eingebunden sind, sind deutlich schwieriger durchzuführen, vor allem, wenn diese selbst einer Risikogruppe angehören.

Die Kommunikation mit Klienten, die **Sprachschwierigkeiten** im Deutschen haben, insbesondere auch mit Geflüchteten, ist deutlich eingeschränkt.

**LSBTIQ+** Menschen sind in besonderem Maß von Vereinsamung, Ängsten, Gewalt in der Familie, psychischen Problemen, sozialer Isolation, Ausgrenzung und emotionaler Anspannung betroffen. Dies wurde durch die Maßnahmen der Pandemie-Eindämmung enorm verstärkt. Die Angebote der KP stellen oft persönliche Zufluchtsorte dar, die durch Lockdown fast ganz weggefallen sind.

**Menschen mit Behinderungen** sind aufgrund der Maßnahmen der Pandemie-Eindämmung in ihrer selbständigen Lebensführung stark eingeschränkt. Insbesondere die Organisation von Assistenzen fällt ihnen nun noch schwerer. Sie sind oft stark isoliert, durch weggefallene Angebote der Träger verstärkt sich dies noch. Hör- und sehbehinderte Menschen sind durch Masken- und Abstandsregeln, die sie nicht einhalten können, häufig Diskriminierungen ausgesetzt.

Bei Projekten zur Integration **langzeitarbeitsloser Menschen** hat sich zunächst gezeigt, dass für viele Betroffene in der Nutzung digitaler Angebote Fortbildungsbedarf bestand, und es teilweise an Hardware und Heimarbeitsplätzen fehlte. Niederschwelligere Formate wie WhatsApp durften aus Datenschutzgründen nicht genutzt werden. Im Sommer 2020 konnten digitale Kompetenzen ausgebaut und im Herbst auch Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden. Wegbrechende Praktika und rückläufige Ausbildungsangebote führen zu fehlender beruflicher Orientierung und Perspektivlosigkeit, insbesondere auch bei Geflüchteten. Dies und zunehmende Vereinsamung führen zu höherem Beratungs- und Begleitungsaufwand bei den KP.

Im Bereich der **Gewaltprävention** ist ein signifikanter Anstieg der Beratungszahlen sowohl bei Frauen, als auch bei Männern und Kindern zu beobachten. Grund sind vielfach schwierige häusliche Rahmenbedingungen und ein damit verbundener Anstieg von Stress und häuslicher Gewalt sowie Isolation in der Pandemie. Die KP haben ihre Beratungszeiten zum Teil deutlich ausgeweitet, das Kinderschutzzentrum ist durchgehend geöffnet. Der Zugang zu manchen Gruppen ist dagegen erschwert; geflüchtete Frauen aus dem PHV können beispielsweise kaum noch erreicht werden. Die Unterbringung von Gewalt Betroffener ist noch schwieriger geworden. Die Vermittlung an niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten ist kaum noch möglich. Im zweiten Lockdown ist eine erhöhte Suizidalität bei Frauen zu beobachten.

## **Fazit**

Die KP des Amtes für Chancengleichheit haben sich den neuen Herausforderungen gestellt und dafür gesorgt, trotz aller Schwierigkeiten in kürzester Zeit ein modifiziertes Hilfenetz mit neuen Formaten und Angeboten aufzubauen.

Viele Betroffene konnten und können dadurch beraten, begleitet und gestärkt werden. Dennoch können einige Betroffene digital nicht (mehr) erreicht werden.

Die erhöhte Nachfrage aufgrund häuslicher Gewalt während der Pandemie ist für die KP herausfordernd, ebenso wie die zunehmende Isolation bestimmter Gruppen wie behinderter Menschen oder LSBTIQ+ sowie die steigende Perspektivlosigkeit aufgrund fehlender Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Berichte der Träger können im Einzelnen den Anlagen entnommen werden.

## **Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen**

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist in der Ausschusssitzung vertreten.

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### **1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes**

<b>Nummer/n: (Codierung)</b>	<b>+/- berührt:</b>	<b>Ziel/e:</b>
QU 5	+	<b>Ziel/e:</b> Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen <b>Begründung:</b> Die Aufrechterhaltung der Beratungs- und Unterstützungsangebote der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des Amtes für Chancengleichheit trägt dazu bei, trotz der Pandemie die Vielfalt der Lebensformen und die Wahlfreiheit der Lebensgestaltung zu ermöglichen.
SOZ 2	+	<b>Ziel/e:</b> Diskriminierung und Gewalt vorbeugen <b>Begründung:</b> Die Aufrechterhaltung der Beratungs- und Unterstützungsangebote der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des Amtes für Chancengleichheit trägt dazu bei, gerade in der Pandemie Diskriminierung und Gewalt vorzubeugen.
SOZ 11	+	<b>Ziel/e:</b> Unterstützung der für Frauen relevanten Dienstleistungen <b>Begründung:</b> Die Aufrechterhaltung der Angebote der Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen sind für Frauen und Mädchen in Krisen, bei erlittener Gewalt, bei Fragen zu Gesundheit, chronischen Krankheiten und Behinderung sowie Berufsorientierung bedeutend, insbesondere um Gewalt und Diskriminierung vorzubeugen.

- AB 14 + **Ziel/e:**  
Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben  
**Begründung:**  
Die Aufrechterhaltung der Angebote der Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen sind für die Betroffenen bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt sowie bei der Berufsorientierung bedeutend, um Perspektivlosigkeit und Langzeitfolgen der Pandemie vorzubeugen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet  
Stefanie Jansen

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Berichte der Träger im Bereich LSBTIQ+ (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
02	Berichte der Träger im Bereich Geschlechtergerechtigkeit (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
03	Berichte der Träger im Bereich Gewaltprävention (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
04	Berichte der Träger im Bereich Arbeitsmarktintegration (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
05	Berichte der Träger im Bereich Integration (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
06	Sachantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.04.2021 (Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 13.04.2021)